

Rechtsradikale sollen ihre Arbeit verlieren

Wirtschaftsverbände wollen offensiv gegen Neonazis vorgehen - Zustimmung von Gewerkschaften und Politikern

AvG/ad Berlin - Der Vorschlag des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Neonazis in Betrieben zu entlassen, ist auf ein geteiltes Echo gestoßen. Zustimmung zu dieser Idee kam von den Gewerkschaften und den Grünen, die FDP beurteilt den Vorschlag von BDI-Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg hingegen skeptisch. Laut SPD bringt eine Verbotspolitik allein nicht viel. Im Kern der Auseinandersetzung geht es darum, ob man Menschen mit rechtsextremen Ansichten integrieren soll oder ob man Arbeitskollegen vor deren Ansichten schützen muss.

Von Wartenberg hatte in der deutschen Financial Times gefordert, «auffällig gewordene rechtsradikale Mitarbeiter zu entlassen». Das sollte notfalls auch gerichtlich durchgekämpft werden. Da nach Feststellungen des Bundeskriminalamts von 1991 die meisten rechtsradikalen Straftäter einen Job zu verlieren haben - nur 12,7 Prozent waren arbeitslos - könnte diese Drohung erheblichen Druck auf die Szene ausüben.

«Wer Rassismus und Gewalt in die Betriebe trägt, muss mit Konsequenzen rechnen», sagte IG-Metall-Sprecher Claus Eilrich der Berliner Morgenpost. «Helfen alle guten Worte und Ermahnungen nicht, sollten die, die nicht einsichtsfähig sind, vor die Tür gesetzt werden.» Eilrich verwies auf das Beispiel von Eko Stahl in Eisenhüttenstadt. Dort hatte die Unternehmensleitung 1998 zwei Jugendlichen die Weiterbeschäftigung nach Abschluss ihrer Ausbildung wegen rassistischer Einstellung verweigert.

«Der Vorschlag des BDI deckt sich nicht mit unserem Kündigungsschutz», sagte der FDP-Bundestagsabgeordnete und Jurist Carl-Ludwig Thiele der Morgenpost. «Arbeitgeber laufen Gefahr, vom Arbeitsgericht in ihre Schranken verwiesen zu werden.» Denn dass jemand ohne kriminellen Hintergrund und nur seiner Gesinnung wegen entlassen werde, verbiete das Grundgesetz. «Stattdessen sollten wir alles daran setzen, diese Personen durch Integration in die Gesellschaft von ihrer Ausländerfeindlichkeit wegzubekommen.»

Der Kölner Arbeitsrechtler Ulrich Weber dagegen sieht die rechtlichen Chancen optimistisch: «Wenn es sich um Aktivisten der rechten Szene handelt, hätte die Firma vor den Arbeitsgerichten gute Chancen», sagte er der Financial Times Deutschland. Er nennt zwei Ansatzpunkte, um Rechtsradikale zu entlassen: Wenn sie das betriebliche Miteinander störten - etwa durch den Umgang mit ausländischen Kollegen. Es könnten auch in abgewandelter Form die Berufsverbote der 70er Jahre - sie waren damals gegen kommunistische Kader im Staatsdienst gerichtet - wieder belebt werden.

Die Rechtsextremismus-Expertin der Grünen-Bundestagsfraktion, Annelie Buntenbach, hat den Vorschlag des BDI grundsätzlich begrüßt. Diese Forderung sei bereits von mehreren Betriebsräten erhoben worden, sagte sie dieser Zeitung. Allerdings müsse man darauf achten, dass man mit der Maßnahme auch «die Richtigen» treffe. Zu diesem Personenkreis gehören nach Ansicht der Grünen-Politikerin all jene Mitarbeiter, «von denen rassistische Gewalt ausgeht oder die nationalsozialistische Propaganda verbreiten».

Die BDI-Schwesterorganisation Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) hatte bereits kürzlich gewarnt, durch die zunehmende Anzahl rechtsextremer Gewalttaten werde das Ansehen Deutschlands in der Welt gefährdet. Auch andere Wirtschaftsverbände fürchteten, die Exportnation Deutschland könne wirtschaftlichen Schaden nehmen.

